



## **Ausschuss für Digitalisierung und Innovation**

### **4. Sitzung (öffentlich)**

7. Dezember 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 16:10 Uhr

Vorsitz: Thorsten Schick (CDU)

Protokoll: Dr. Lukas Bartholomei

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |  |          |
|--|----------|
| <b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>  | <b>3</b> |
| <b>1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)</b>  | <b>4</b> |
| Gesetzentwurf der Landesregierung<br>Drucksache 17/800<br>hier: Einzelplan 14<br>Vorlage 17/237 (Erläuterungsband)<br>Vorlage 17/354 (Bericht des Ministers aus der 3. Sitzung)<br>Vorlage 17/353 (Beantwortung von Fragen aus der 3. Sitzung) |          |
| – Einzelberatungen sowie abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss   |          |
| <b>a) Unterkapitel des Einzelplans 14</b>  |          |
| Vor Beginn der generellen Aussprache werden keine Nachfragen zu den Kapiteln 14 010, 14 200, 14 400, 14 500 und 14 820 gestellt.   |          |

### **b) Generelle Aussprache zum Einzelplan 14**

Der Ausschuss nimmt den Einzelplan 14 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, GRÜNEN und AfD an.

## **2 Verschiedenes**

11

\* \* \*

## 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 17/800

hier: Einzelplan 14

Vorlage 17/237 (Erläuterungsband)

Vorlage 17/354 (Bericht des Ministers aus der 3. Sitzung)

Vorlage 17/353 (Beantwortung von Fragen aus der 3. Sitzung)

- Einzelberatungen sowie abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss

### a) **Unterkapitel des Einzelplans 14**

**Vorsitzender Thorsten Schick** schlägt vor, die Kapitel 14 010 „Ministerium“, 14 200 „Digitale Verwaltung“, 14 400 „Innovation und Technologie“, 14 500 „Digitales“ und 14 820 „Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) – Landesbetrieb“ des Einzelplans 14 zunächst einzeln durchzugehen und dann im Nachgang eine generelle Aussprache durchzuführen.

Vor Beginn der generellen Aussprache werden keine Nachfragen zu den Kapiteln 14 010, 14 200, 14 400, 14 500 und 14 820 gestellt.

### b) **Generelle Aussprache zum Einzelplan 14**

**Ina Spanier-Oppermann (SPD)** bedankt sich für die ausführliche schriftliche Beantwortung der Fragen aus der 3. Sitzung.

Die SPD-Fraktion befürworte die Erhöhung der Mittel der Landeskofinanzierung zur Förderung des Breitbandausbaus und ebenso die Beibehaltung des Beauftragten der Landesregierung für Informationstechnik. Sie unterstütze das Ziel, die Innovationskraft Nordrhein-Westfalens weiter zu erhöhen. Allerdings halte sie es für nicht zukunftsweisend, dieses Ziel durch die Erhöhung der Zuschüsse um 3 Millionen € für private Unternehmen bei gleichzeitiger Stagnation der Mittel für Universitätskliniken und Hochschulen, denen damit die Innovationskraft abgesprochen werde, zu erreichen.

Über die 12 Millionen € hinaus, die für die Modellregion OWL und die noch geplanten Modellregionen bereitgestellt würden, sollten nach den Planungen der Landesregierung noch private Mittel generiert werden, wofür allerdings noch keine konkreten Pläne existierten. Setze man diese 12 Millionen € in Relation mit den für die Umsetzung des E-Government-Gesetzes eingestellten 48 Millionen €, bleibe die digitale Verwaltung in der Fläche doch etwas auf der Strecke.

Der Minister habe deutlich gemacht, wie wichtig ihm die Breitbandanschlüsse der Schulen seien. Die dafür bereitgestellten 5 Millionen € halte sie jedoch nicht für ausreichend.

**Matthi Bolte-Richter (GRÜNE)** spricht dem Minister ebenfalls seinen Dank für die schriftliche Beantwortung der Fragen aus der 3. Sitzung aus.

Auch wenn im Einzelplan 14 einzelne Aufwüchse der Mittel für die Digitalisierung aufgeführt würden, könne er hier jedoch keinen Schwerpunkt erkennen – und das trotz massiver Mehreinnahmen und großer Aufwüchse im Gesamthaushalt. Minister Pinkwart habe zwar besser verhandelt als Ministerin Pfeiffer-Poensgen, aber nicht so gut wie die Minister Reul und Biesenbach, welche die großen Haushaltsaufwüchse für sich verzeichnen könnten.

In Bezug auf den Bereich „Digitalisierung und Innovation“ sehe man wenig Neues, dafür aber eine Fortsetzung von rot-grünen Programmen und das Einlösen rot-grüner Versprechen. Zur Kofinanzierung des Bundesprogramms zum Breitbandausbau habe die Landesregierung nun eine Mittelserhöhung vorgesehen, das entspreche aber genau dem, was auch die alte Landesregierung getan habe. Er wünsche sich, dass die Landesregierung in ihren Pressemitteilungen solche Maßnahmen nicht immer zu einem schwarz-gelben Erfolg umdeute – zumal die Mittel in 2017 noch dem durch Rot-Grün beschlossenen Haushalt entstammten. Hier werde sich mit fremden Federn geschmückt.

Die Bedingungen für den Breitbandausbau seien nach wie vor gut, schließlich erreiche die Abdeckung einen Bereich deutlich jenseits der 90 %, wenn das abgeschlossen werde, was bereits bewilligt sei. Dies sei aber vor allem auf die Vorarbeit der letzten Jahre zurückzuführen. Zum Beispiel habe Rot-Grün damit angefangen, Breitbandkoordinatoren bei den Kommunen zu fördern, weil nicht nur Fördermittel bereitgestellt, sondern sie auch abgerufen werden müssten.

In den letzten Jahren habe er sich immer wieder mit CDU und FDP über deren Forderung nach Breitbandförderung mit EFRE-Mitteln – die mit viel Schaum vor dem Mund vorgetragen worden sei – streiten müssen. Dahin gehend passiere jetzt jedoch nichts.

Neidlos müsse er anerkennen, dass sich die Bereitstellung von Fördermitteln zur Breitbandanbindung von Schulen in der öffentlichen Wahrnehmung gut lese. Vergleiche man jedoch die dafür vorgesehenen 5 Millionen € mit den 8 Millionen €, die allein in Wuppertal aus dem Programm „Gute Schule 2020“ anfielen, relativiere sich das.

Zu dem im Koalitionsvertrag angekündigten Exzellenz-Start-up-Center habe er im Haushalt keine konkreten Hinweise gefunden. Er erinnere sich an die Ankündigung des Ministers beim DWNRW-Summit, dass dies 2018 an den Start gehen solle.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart [MWIDE]: Das haben Sie missverstanden!)

Bolte-Richter gesteht dem Minister zu, dass er das dann wohl missverstanden habe.

Zur Förderung des digitalen Einzelhandels habe Rot-Grün in den letzten Jahren ein Programm für Modellprojekte geschaffen, in denen es um die Verknüpfung von digitalem und stationärem Einzelhandel gegangen sei. Dies hätten CDU und FDP immer kritisiert, allerdings laufe es jetzt einfach weiter. Daneben existiere im Haushalt jedoch noch ein weiterer Topf, der auch irgendetwas mit dem digitalen Einzelhandel zu tun habe. Er frage sich, wofür dieses Geld eigentlich eingeplant werde – schließlich seien die verkaufsoffenen Sonntage die einzige Neuigkeit gewesen, die der Landesregierung zum digitalen Einzelhandel einfalle.

Im Hinblick auf den Innovationsbereich habe man sich in den letzten Wochen immer wieder darüber unterhalten, welcher Teilbereich in welches Haus gewandert sei. Die Wissenschaftsministerin habe gesagt, es handele sich dabei nur um Kleinigkeiten, wober sich die Opposition keine Sorgen machen solle. Der jetzt im Einzelplan 14 resortierte Block sei allerdings nicht klein.

Schwarz-Gelb habe in der letzten Wahlperiode das Programm „Fortschritt NRW“ immer als das Beispiel im Wissenschaftsbereich für eine ideologisierte Forschung angeführt und habe es deshalb eigentlich abschaffen wollen. Nun sei es einfach in Teilen vom Einzelplan 06 in den Einzelplan 14 verschoben worden. Offensichtlich befürworte Minister Pinkwart nun die „ideologisierte Forschung“, denn schließlich wachse dieses Programm nun um 6 Millionen an.

Letztlich enthalte der Haushalt im Bereich „Digitalisierung und Innovation“ seiner Meinung nach wenig Neues. An vielen Stellen sei alles ganz okay, allerdings könne er keinen Schwerpunkt der neuen Landesregierung erkennen, mit dem es wirklich weitergehe. Aufgrund der fehlenden eigenen Impulse werde seine Fraktion den Einzelplan 14 nicht mittragen.

Laut **Florian Braun (CDU)** zeige sich die CDU-Fraktion zufrieden mit dem vorliegenden Haushaltsplan. Mit ihm würden die Mittel gerade im Hinblick auf die digitale Infrastruktur aufgestockt. Insbesondere die Erhöhung der Landeskofinanzierungsmittel um 56 Millionen € halte er für wichtig, wenn man in den nächsten Jahren weiterhin die Bundesmittel abrufen wolle. Auch die Kommunen sollten stärker einbezogen werden, um die Lücken weiter zu schließen. Weiterhin würde die Breitbandanbindung von Schulen im nächsten Jahr mit weiteren 5 Millionen € gefördert – für die darauffolgenden Jahre seien bereits 55 Millionen € festgeschrieben.

Die Förderung von Initiativen wie Bürgerbreitbandprojekten zeige, dass die Landesregierung eine Vielfalt von Fördermöglichkeiten biete, die eine sinnvolle Ergänzung darstellten.

Auch im Bereich „Innovation“ werde mit den im Haushalt ausgewiesenen Testfeldern für 5G etwas für die Infrastruktur getan. Im nächsten Jahr stünden dafür 1,5 Millionen € bereit, für die nächsten Jahre seien insgesamt 66 Millionen € eingeplant.

An Ina Spanier-Oppermann gerichtet erwidert er, dass er die digitalen Modellregionen als Ergänzung zum E-Government sehe. Sie sollten als Vorzeigeprojekte auf die Überholspur gesetzt werden, damit auch die anderen Kommunen nach kurzer Zeit davon profitieren könnten.

Der Haushalt bilde eine gute Grundlage, um die im nächsten Jahr zu beratene Digitalstrategie auf eine breite Basis zu setzen und in den angerissenen Themenfeldern investieren zu können.

Er sei dem Ministerium durchaus dankbar, dass dieses die Herkunft der Gelder zur Förderung von Forschung und Transfer aus dem Haushalt des alten Wissenschaftsministeriums kenntlich gemacht habe.

Braun entgegnet an Matthi Bolte-Richter gewandt, aus der Antwort des Ministers in der Vorlage 17/353 gehe deutlich hervor, dass die Landesregierung, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, Fortschritt NRW nicht fortsetzen wolle. Vielmehr wolle Schwarz-Gelb den Wissens- und Technologietransfer im Sinne der Gründungsinfrastruktur und für gesellschaftliche Anwendungen wie Ausgründungen etc. fördern und somit eine andere Schwerpunktsetzung in dem Bereich vornehmen.

Er empfehle, den Gesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen.

**Christian Loose (AfD)** führt aus, das seitens Rot-Grün ausgesprochene Lob deute darauf hin, dass die Politik der Vorgängerregierung größtenteils einfach fortgeführt werde. Bis auf die Erweiterung des Projekts der Modellregionen habe sich aus Sicht der AfD nicht viel Neues ergeben.

Im Ministerium würden nun 20 neue Stellen geschaffen. Auch wenn diese nicht nur dem Bereich „Digitalisierung“ zuzurechnen seien, sehe er diese doch angesichts kaum erkennbarer programmatischer Veränderungen als unnötig.

In Summe werde die AfD-Fraktion dem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Nach den Worten von **Rainer Matheisen (FDP)** müssten die Beiträge seitens der SPD und der Grünen als Bestätigung für die schwarz-gelbe Politik gewertet werden. Die einzige grundsätzliche Kritik sei geäußert worden, weil gute Programme fortgesetzt würden – abgesehen von kleineren Kritikpunkten an Einzelposten.

Das Gute werde fortgesetzt, und an bestimmten Stellen würden Schwerpunkte festgelegt und Mittel aufgesattelt. So stiegen die Gesamtausgaben in ganz erheblichem Umfang um 180 Millionen € auf 1,3 Milliarden €. Dies geschehe, weil Schwarz-Gelb erkenne, dass die Digitalisierung das Leben der Menschen verbessern werde. Zum Beispiel könne vernetzte oder selbstfahrende Mobilität das Leben der Menschen verbessern, allerdings werde dies nur mit einer flächendeckenden Glasfaserversorgung und einem Ausbau von 5G funktionieren. Schwarz-Gelb wolle Nordrhein-Westfalen deshalb zum Vorreiter in Deutschland machen. Es sei richtig, gute Ansätze von Rot-Grün zu übernehmen und sie noch zu verbessern.

Zusätzlich werde noch Neues wie beispielsweise das Gründerstipendium geschaffen. Im Vorfeld der Einführung des Gründerstipendiums hätten der Minister, Florian Braun und er selbst Gründer in Nordrhein-Westfalen besucht und sich nach deren Wünschen erkundigt. Häufig sei der Wunsch geäußert worden, dass Gründen unabhängig von der finanziellen Ausstattung der Eltern möglich sein müsse.

In punkto Innovation würden Veränderungen herbeigeführt und neue Akzente gesetzt. Außerdem würde der Wissenstransfer unterstützt und ausgebaut. Man befinde sich auch hier auf dem richtigen Weg, und die Opposition könne schlecht nach der kurzen Zeit schon Kritik daran üben. Schwarz-Gelb müsse sich vielmehr an der Bilanz in fünf Jahren messen lassen, die gut ausfallen werde – immerhin sei der Haushalt um 10 % angewachsen.

Insgesamt sollten alle Fraktionen konstruktiv zusammenarbeiten, um Nordrhein-Westfalen gemeinsam nach vorne zu bringen.

Aus der Sicht von **Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE)** könnten alle dankbar dafür sein, dass das Parlament nun über die Möglichkeit verfüge, die Landesregierung finanziell besser auszustatten. Zu seinem Start als Minister im Jahr 2005 habe das Land mehrere verfassungswidrige Haushalte in Serie und in dem Jahr selbst 6 Milliarden € Neuverschuldung verzeichnet. Die Landesregierung habe damals mühselig durch Umschichtung und Auflösung Ressourcen erarbeiten müssen. Für ihn persönlich bedeute es schon ein Glücksgefühl, zum Start mehr Mittel bereitzustellen zu können, ohne das Ziel der schwarzen Null zu gefährden.

Nun stünden 90 Millionen € mehr im Haushalt, die mittelfristige Finanzplanung plane für 2019 sogar einen sehr deutlichen Aufwuchs von 300 Millionen € ein, für 2020 282 Millionen € und für 2021 170 Millionen €. Es gehe jedoch nicht nur um Geld, sondern auch darum, es wirksam einsetzen zu können. Aus diesem Grunde habe die Landesregierung die Ressorts anders zugeschnitten, um durch neue Verknüpfungen wirksamer zu werden und Synergien zu schaffen. Er hoffe, dass man mit jedem eingesetzten Euro möglichst noch mehr machen könne als bisher.

Es gehe dabei auch um Psychologie. Die Menschen an den Hochschulen, Forschungseinrichtungen und in den innovativen Unternehmen müssten das Gefühl haben, dass es vorangehe und sie angesprochen würden. Sie erwarteten von der Landesregierung nicht nur Geld, sondern auch Motivation, Aufbruchsstimmung und eine Möglichkeit zur freien Entfaltung.

Aber nicht nur daran, sondern auch an den rechtlichen Rahmenbedingungen wolle die Landesregierung arbeiten. Der rechtliche Rahmen sollte so gestaltet werden, dass die Unternehmen und die Hochschulen möglichst viel Freiheit hätten und autonom handeln könnten. Außerdem müssten die Genehmigungsverfahren schneller werden. Dies seien nicht zu unterschätzende Standortfaktoren.

Wenn Ressourcen, Psychologie und Handlungsfreiheit zusammenkämen, sei eine Menge gewonnen. Natürlich müsse man dabei auf Altbewährtem aufsetzen. Immer wieder neue Programme zu erfinden, werfe auch immer wieder zurück. Man solle Vertrauen in diejenigen setzen, die derzeit handelten, dabei aber hin und wieder die Richtung anpassen, mehr Freiräume schaffen und dabei Mut zum Experiment mitbringen.

2009 habe er an der Hochschule Bochum einen Lehrstuhl für Elektromobilität eröffnen dürfen, wo mit relativ kleinen Beträgen unter 100.000 € Förderprojekte finanziert worden seien. Fast alle, die dort ihr Examen abgelegt hätten, hätten sich mittlerweile selbstständig gemacht. Manche hätten nach acht Jahren fast 500 Mitarbeiter. Diese

jungen Leute erwarteten nicht, dass die Politik ihnen alles fertig vorgebe, sondern sie hätten einfach gerne die Möglichkeit, ihre eigenen Strukturen schaffen zu können.

An Ina Spanier-Oppermann gerichtet erläutert der Minister, die für den Bereich „Innovation“ nun neu zur Verfügung gestellten Mittel müssten nicht unbedingt nur Private bekommen, sondern sie könnten auch an Hochschulen gehen, die im Bereich „Transfer“ mehr tun wollten. Die dazu vorhandenen Formate sollten angereichert und es müssten neue Möglichkeiten eröffnet werden, damit das an Hochschulen vorhandene Wissen stärker in die Praxis überführt werden könne.

Zum Beispiel werde an der Ruhruniversität Bochum – einer sehr forschungsorientierten Universität – jetzt intensiv darüber nachgedacht, wie man gemischte Teams aus Studenten und Unternehmensvertretern schaffen könne, um Themen umzusetzen. So existierten zum Thema „Cybersecurity“ sowie im gesamten Digitalbereich ganz tolle Projekte in solchen gemischten Teams. Zum Beispiel hätten sie einen Prototyp einer Factory 4.0 – als FabLab – gebaut, wo Studenten hinkommen könnten, um gemeinsam mit Unternehmen praxisorientiert ihre Themen zu bearbeiten. Die Studenten könnten so selbst Projekte generieren, die sie auch abrechnen könnten – eine Art „studentische Unternehmen“. Studenten könnten so das Unternehmertum schon während des Studiums lernen und theoretisches Wissen spiegeln. In Aachen habe es dies schon vorher gegeben, aber dies sei an anderen Universitäten noch nicht selbstverständlich gewesen. Jetzt bestehe dazu eine immer stärkere Bereitschaft. Sollte die Umsetzung dessen gelingen, würden in Zukunft noch mehr Campus Companies und Gründungen entstehen.

Die Forschung müsse so spannend werden, dass sich große Unternehmen oder Hidden Champions dafür interessierten und daran beteiligten. So habe etwa nach der Ausgründung eines Hochschullehrers die Firma Bosch an der Universität St. Gallen ein eigenes Lab aufgebaut. Auf diese Art und Weise könnte auch das Land Nordrhein-Westfalen mit den Jahren in punkto F&E aufholen.

Im Sommer 2018 wolle die Landesregierung mit dem Gründerstipendium starten. Es stelle sich nun die Frage, wie man die im Land vorhandenen digihubs und Acceleratoren gemeinsam mit den Hochschulen einbinden könne, um möglichst gute Bewerbungen zu bekommen, was er für sehr wichtig halte. Aus diesem Grund habe man auch noch nicht mit einer großen Stipendienzahl geplant, sondern man wolle diese schrittweise aufstocken.

Die von Matthi Bolte-Richter angesprochenen Exzellenzcenter wolle er erst mittelfristig angehen; denn man müsse zunächst abwarten, was sich an den Hochschulen entwickle. In zwei oder drei Jahren bekomme man ein Gefühl dafür, welche Einrichtungen sich als stark herauskristallisierten, und erst dann könne man eine Art Exzellenzwettbewerb für diese Form von Translationsplattformen veranstalten. Im Moment gehe es vor allem noch darum, die vorhandenen Stärken weiterzuentwickeln.

Ein Riesenthema sei für die Landesregierung der Glasfaserausbau, für den man nun mehr Mittel bereitstelle. Sollte eine neue Bundesregierung nun im Hinblick auf den Breitbandausbau – er hoffe auf Glasfaserausbau – für Deutschland eine neue Linie festlegen, werde die Landesregierung in jedem Fall sicherstellen, dass alle Mittel, die



vom Bund bereitgestellt würden, hinreichend vom Land kofinanziert würden. Er wolle diesbezüglich mit den Betreibern reden, damit der Ausbau an Schulen und in Gewerbegebieten besonders schnell voranschreite. Auch arbeite sein Haus im Zusammenhang mit Genehmigungsverfahren mit den Bezirksregierungen zusammen; denn dabei könne man sicherlich noch besser werden.

Bei Verlegungstechniken müsse man zu mehr Pragmatismus kommen. Auf zwei Konferenzen – beim TÜV Rheinland und bei der BUGLAS – sei von Netzbetreibern angesprochen worden, dass die Vorhaben in Deutschland nicht umsetzbar seien, wenn man nicht einfachere Verlegungsmethoden einsetzen könne.

Sein Haus fördere viele Formate des digitalen Einzelhandels, die den Handel voranbrächten. Den verkaufsoffenen Sonntag sehe er dabei als ein Instrument, um beides miteinander zu verknüpfen.

Die 12 Millionen € zur Finanzierung der digitalen Modellregionen bezeichnete er im Vergleich mit anderen Bundesländern als sehr viel Geld – vor allem wenn dies noch kofinanziert werde –, und dies werde sich 2019 sogar noch erhöhen. Natürlich müsse das Land nicht die Digitalausstattung der Kommunen zahlen, sondern diese müssten ihre Verwaltung selbst mit eigenen Mitteln digitalisieren. Die Landesregierung wolle aber besonders jene fördern, die schon einen Schritt weiter seien und somit als Vorbild dienen könnten. Auch könnten die digitalen Modellregionen das Tempo erhöhen und zusätzliche Möglichkeiten im Hinblick auf die digitale Stadtentwicklung ermöglichen.

Der Ausschuss nimmt den Einzelplan 14 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, GRÜNEN und AfD an.

